Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 55 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 238 — Freitag, den 11. Oktober 1929 — 24. Jahrgang

Angelsächsische Union?

Ein positives Ergebnis hat nun also die Zusammenkunft zwischen Macdonald und Hoover bereits gezeitigt, nämlich den Entschluß, die fünf Hauptseemächte zum 20. Januar 1930 zu einer Seeabrüstungskonferenz zu laden. Man muß sich daran erinnern, welches Echo die Ankündigung dieser Konferenz in Italien und Frankreich hatte, um ermessen zu können, was es bedeuten will, daß Macdonald und Hoover trotzdem an ihrem Projekt festgehalten haben. In dieser Beziehung kann man vielleicht sogar der Turiner „Stampa" recht geben, die schreibt, daß es „nach der von göttlichen Anrufungen triefenden ersten Rede Macdonalds in Neuyork jedem klar sein müsse, daß von nun an die Fahnen Onkel Sams und John Bulls jedesmal nebeneinander wehen würden, wenn eine dritte Macht es wagen sollte, die Stimme gegen die beiden mächtigsten und reichsten Staaten der Welt zu erheben". Deutschland hat keinerlei Veranlassung, in dieses Wutgeheul einzustimmen, es hat vielmehr alle Veranlassung, mit Genugtuung davon Kenntnis zu nehmen, daß endlich zwei Männer von unbestreitbarer Ehrlichkeit und Entschiedenheit einen dicken Strich durch alle Quertreibereien, Spitzfindigkeiten und Hinterhältigkeiten der Anti-Abrüstungspolitiker machen und durch ihr Vorgehen die übrige Welt einfach unter den moralischen Zwang setzen, sich endlich an der Aktion zu beteiligen und sich nicht mehr mit großen Worten zufrieden zu geben.

Tatsächlich bedeutet diese Entwicklung einen höchst greifbaren Fortschritt in der Seeabrüstungsfrage. Wenn man einem Sonderberichterstatter der „Sunday Times" glauben will, so müssen im Falle einer Einigung zwischen Hover und Macdonald und vorbehaltlich der späteren Billigung durch die Fünfmächte-Konferenz vier Kreuzer der britischen, zwei Kreuzer der australischen Flotte und elf kleine Kreuzer der englischen E-Klasse eingeschrottet werden. Neben diesen siebzehn für die Einschrottung bestimmten und namentlich bereits bekannten Schiffen werden weitere drei oder vier Kreuzer aus dem Gesamtbestand Englands von 63 Kreuzern der Verschrottung zum Opfer fallen. Dadurch wird die Kreuzertonnage des britischen Weltreiches von 390 000 Tonnen auf 330 000 Tonnen gebracht. Immerhin würde die angedeutete Maßnahme England zugleich die Möglichkeit schaffen, wieder sieben neue modernste Kreuzer zu bauen, da bei den Verhandlungen zwischen General Dawes und Macdonald je 50 Kreuzer für beide Mächte festgesetzt worden sind.

So wenig man diese real sich auswirkenden Folgen der Besprechungen zwischen Hoover und Macdonald übersehen darf — denn sie bedeuten den stärksten moralischen Zwang für die in Frage kommenden europäischen Staaten, nun auch mit der Landabrüstung zu beginnen —, umso viel wichtiger wären doch die allgemeinen weltpolitischen Folgen der Herstellung einer echten angelsächsischen Union, wie sie die genannte italienische Zeitung bereits konstituiert sieht. In diesem Sinne darf man der Londoner „Times" recht geben, wenn sie schreibt: „Der Premierminister ist nicht nach Amerika gegangen in der Erwartung, bei dieser Gelegenheit die Probleme des Seekriegsrechtes oder der Verminderungen der Rüstungen zur See zu erledigen. In diesem Sinne sucht er nichts zu erreichen und wird mit nichts zurückkehren. Aber es wird von größter Bedeutung sein, wenn Macdonalds Reise eine Praxis begründet, daß britische und amerikanische Staatsmänner während ihrer Amtszeit in regelmäßigen Zeitabständen privatim zusammenkommen. Es läßt sich kaum hoch genug anschlagen, was das große Werk und der unvergeßliche Name Dr. Stresemanns der Leichtigkeit verdanken, mit der sich die politischen Führer Europas — und nicht nur Europas — im Völkerbundsrat und anderswo begegnen können, um in ruhiger, persönlicher Aussprache ihre Ziele und Auffassungen zu erörtern."

Tatsächlich ist es das erste Mal seit Versailles, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und der Ministerpräsident Englands sich von Angesicht zu Angesicht sehen und über die ihre Länder betreffenden Probleme sprechen. Nach den diesen Besprechungen vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Dawes und Macdonald in England ist es natürlich selbstverständlich, daß Macdonald und Hoovers Besprechungen alles andere als Privatbesprechungen sind. Sie dürften vielmehr als die Einleitung einer neuen Epoche der Weltpolitik zu bewerten sein, gleichgültig, ob sie zu dem erstrebten Ziele führen oder nicht. Sollten irgend welche unvorhersehbaren Zwischenfälle oder Kulissenaktionen die offenbar im Marsch befindliche vollkommene Verständigung stören, sollte der Flut der Herzlichkeit eine solche von Mißverständnissen folgen, so wären die Wirkungen nicht abzusehen, denn selbstverständlich würde keines der beiden Länder so bald wieder den Versuch machen, mit dem anderen in Konnex zu treten. Aber diese Gefahr ist im Augenblick ziemlich fern, die Wahrscheinlichkeit, daß von diesem Zusammentreffen an eine neue, durch die angelsächsische Union bestimmte friedliche Epoche der Weltgeschichte datieren wird, ist ungleich viel größer. Allerdings darf man nicht ganz übersehen, daß noch Besprechungen zwischen dem streitbaren Senator Borah und Macdonald bevorstehen, wobei daran zu erinnern ist, daß Borah dem Präsidenten Hoover im Streit um die Zolltarifreform bereits eine Niederlage beigebracht hat.

Immerhin scheint das Echo, das die Aktion der beiden Staatsmänner in der amerikanischen Oeffentlichkeit gefunden hat, der Sache des Weltfriedens so durchaus günstig zu sein, daß man an ein Scheitern der großen Aktion kaum mehr glauben kann. Diese angelsächsische Union wird tatsächlich — wie Macdonald versichert hat — kein Bündnis darstellen, denn es gibt noch sehr viele Differenzpunkte zwischen den Vereinigten Staaten und England, sie wird aber eine elastische Interessengemeinschaft, vielleicht sogar Interessenfusion sein, die lokale Auseinandersetzungen wirtschaftlicher Art, etwa durchaus nicht unmöglich macht, ihrem Wesen nach aber auf eine vollkommene und absolute Sicherung des Weltfriedens hinzielt. Dieser Tendenz werden sich alle anderen Mächte zu unterwerfen haben, selbst auf die Gefahr hin, Unrecht erleiden zu müssen. Darin liegt die Gefahr dieser neuen mächtigen Union, aber uns will scheinen, als ob ihre Vorteile für die weltpolitische Gesamtsituation jene möglichen Nachteile weitaus überwiegen — vorausgesetzt allerdings, daß die Ehrlichkeit und Unantastbarkeit der beiden Männer, die diese Aktion in Gang gebracht haben, sich nicht allzu sehr geschmälert auf ihre Nachfolger im Amt und in der Verantwortung vererben.

Auflösung des rheinisch-westfälischen Stahlhelms

Wegen Kriegsspielen

Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: Der Preußische Minister des Innern, Grzesinski, hat unter dem 8. Oktober folgenden Erlaß an die zuständigen Polizeipräsidenten gerichtet:

„Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 wird mit Zustimmung der Reichsregierung der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten e. V. mit allen seinen Einrichtungen und einschließlich seiner sämtlichen Unter- und Hilfsorganisationen, namentlich des Jung-Stahlhelm und des Bundes Scharnhorst für den Bereich der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen aufgelöst. Form, Anlage und Durchführung der am 21. und 22. September 1929 im Raume von Werden, Kupferdreh, Langenberg und Kettwig, Velbert, Newiges von den Landesverbänden „Rheinland" und „Industriegebiet" in Gegenwart des ersten Bundesführers Seldte veranstalteten Uebung bestätigen den nach Organisation und Betätigung des Stahlhelm bestehenden Verdacht, daß jedenfalls in den genannten beiden Provinzen der Stahlhelm eine Vereinigung darstellt, deren Zweck im Widerspruch zu den eingangs genannten gesetzlichen Bestimmungen steht. Die Beobachtungen lassen keinen Zweifel, daß die Mitglieder dazu ausgebildet werden, eine Truppe zu schaffen, die in der Lage sein soll, als solche nach militärischen Gesichtspunkten kämpfend aufzutreten.

Die Einbeziehung der anderen Organisationen rechtfertigt sich durch ihre engen Beziehungen zum Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, e. V.

Gemäß § 3 a. a. O. werden alle Gegenstände der Vereinigung oder ihrer Mitglieder, die den verbotenen Zwecken unmittelbar gedient haben, zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen.

Die Durchführung der Beschlagnahme und Einziehung obliegt den örtlichen Polizeiverwaltungen."

In Ausführung obenstehenden Erlasses haben die Polizeipräsidenten in Köln, Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Bielefeld, Dortmund, Bochum und Recklinghausen am 9. Oktober d. J. die Auflösung der betreffenden Organisationen durchgeführt.

Eine Erklärung des Stahlhelms

Das Bundesamt des Stahlhelms nimmt zu der Auflösung des Stahlhelms in Rheinland und Westfalen in einer Erklärung Stellung, in der u. a. mitgeteilt wird, daß die Bundesleitung durch die dem Reichstag angehörenden Stahlhelmmitglieder die Forderung erheben werde, daß die Bestimmung, die den Rechtsweg gegen die Anwendung des Gesetzes vom 22. März 1921 ausschließt, aufgehoben werde.

Reichsregierung und Volksbegehren

Auf der gestrigen Konferenz der Innenminister der Länder wurde laut „Vorwärts" einmütig die Auffassung vertreten, daß es nicht nur das Recht, sondern die dringende Pflicht der Reichsregierung sei, sich gegen das Volksbegehren mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne sagten die Innenminister der Reichsregierung weitgehende Unterstützung zu.

Die Reichsregierung wird in Zukunft in Uebereinstimmung mit den Länderregierungen täglich je nach Bedarf auf die Meldungen der Volksbegehrenpresse durch sämtliche deutschen Rundfunksender erwidern lassen.

Hugenbergs und Seldtes Bundesgenosse

Der „Prophet" Weißenberg für das Volksbegehren

Die „Front der Volksbegehrer" hat den würdigsten Zuzug erhalten, der sich denken läßt. In Nr. 40 der Zeitschrift „Der Weiße Berg" wird allen Mitgliedern der Weißenberg-Sekte empfohlen, das Volksbegehren Hugenbergs nach Kräften zu unterstützen. Diese Hilfsstellung des Propheten Josef Weißenberg sollte Herr Hugenberg nicht unterschätzen, wird doch, wie Weißenberg ständig verkündet, die Zeitschrift „Der weiße Berg" in der Hauptsache von Erzengeln und dem Geist des Fürsten Bismarck geschrieben, denen es gelungen ist, sich vom Jenseits her mit Josef Weißenberg in spiritistische Verbindung zu setzen.

Der Philologenverband über Goslar

In dem „Deutschen Philologenblatt" nimmt der Preußische Philologenverband zu den Vorgängen in Goslar offiziell Stellung. Er verurteilt das Verhalten der Schüler und Schülerinnen auf das schärfste und hält die Anwendung strenger Schulstrafen für gerechtfertigt und notwendig. Auch beruft er sich darauf, daß er stets die Auffassung vertreten habe, daß die Lehrer der höheren Schulen die selbstverständliche Pflicht haben, die positive staatsbürgerliche Erziehung in den Vordergrund zu stellen. Soweit Verfehlungen von Kollegen festgestellt sind, rücke er von diesen auf das entschiedenste ab.

Dann aber erhebt er die Forderung, daß bei der scharfen Bestrafung der „Gesamtheit der Lehrer und Schüler" die Unterlagen für das Urteil des Ministeriums bekannt gegeben werden. Er erklärt, daß, da dieses noch nicht geschehen sei, er „von einer Stellungnahme zu dem gesamten Fragenkomplex Abstand nehmen" müsse.

Afghanisches

Beschuldigungen gegen den früheren afghanischen Gesandten in London

Der afghanische Geschäftsträger in London, Junus Khan, erhebt in einer der Presse übergebenen Erklärung gegen den jetzt aus England ausgewiesenen früheren Gesandten Suja ud Dauleh Khan die Beschuldigung, eine Summe von etwa 40 000 Pfund Sterling aus den Fonds der Gesandtschaft seinem bei einer deutschen Bank eröffneten privaten Konto überwiesen zu haben. Sowohl die alte wie auch die neue Regierung in Kabul habe deshalb Schuja ud Dauleh Khan desavouiert. Er, der Geschäftsträger, habe gerichtliche Schritte unternehmen müssen, um den früheren Gesandten daran zu hindern, das Gesandtschaftsgebäude mit seiner Einrichtung, den Automobilen usw. zu verkaufen. Ein Teil der Möbel ist, wie Junus Khan behauptet, tatsächlich in seiner Abwesenheit von dem früheren Gesandten verkauft worden.

■

Wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Termez meldet, wurde Kabul vorgestern 4 Uhr früh von den Truppen Nadir Khans unter Führung seines Bruders Schachwali Khan besetzt. Batscha Sakao nahm Zuflucht in die Zitadelle Ark. Nadir